

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Bismarckstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1590
Circularkasse Riesa Nr. 52.

Nr. 61.

Dienstag, 13. März 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für März 1923: 20 Mark einschließlich Beleglohn. Anzeigen für die Nummer des Abgabebogens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 200.— Mark; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%. Ausschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 45.— Mark. Besondere Bewilligung der Abgabe erfolgt, wenn der Vertrag verbündet, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontors gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Uchtagige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das im Grundbuche für Riesa, Blatt 739 auf den Namen Hermann Oskar Damm eingetragene Grundstück soll

am 26. März 1923, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle freiwillig versteigert werden. Das Grundstück ist nach dem Flurbuch 5,4 Ur groß und bei der Landesbrandversicherungsanstalt mit insgesamt 40 320 M. versichert; es besteht aus Wohn- und Geschäftshaus sowie Hinterhof- und Nebenlagengebäuden nebst Flügelausbau und liegt in Riesa, Bahnhofsstraße 18. Besichtigung des Grundstücks kann täglich 11—12 Uhr vormittags erfolgen. Die Einsicht der das Grundstück betreffenden Nachweisungen und der vorläufigen Versteigerungsbedingungen auf der Gerichtsschreiberei ist Jedem gestattet.

Amtsgericht Riesa, den 12. März 1923.

Herr Otto Jährens ist am 20. Januar 1923 als stellv. Bezirksvorsteher für den 1. Bezirk und Herr Franz Dentschel am 9. März 1923 als Bezirksvorsteher für den 1. Bezirk auf je drei Jahre in Aussicht genommen worden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. März 1923. Sam.

Nach einer Vereinbarung mit dem Elektrizitätsverband Gröba werden künftig die Stromzähler nicht mehr durch einen Kassenboten in der Wohnung der Stromabnehmer einfallert, sondern die Stromabnehmer sind verpflichtet, die Stromrechnungen im Gemeindefam. Zimmer 6 (Steuerkasse), zu bezahlen. Es wird sich empfehlen, daß diejenigen Einwohner, die bei der Gemeindegroßkasse ein Konto haben, der Steuerkasse die Ermächtigung erteilen, die Stromgelder von dem Girokonto abzubuchen.

Die Stromgelder für die Monate Januar—März 1923 sind bis spätestens zum 24. März an die Steuerkasse unter Vorlegung der Jahresquittungsform abzuliefern. Nach Ablauf dieser Frist wird der E.-D. Gröba die Stromgelder zwangsweise einziehen lassen.

Der Gemeindevorstand in Gröba.

Frankreich braucht Ruhe.

In Buer in Westfalen sind, wie bereits gekennet, zwei französische Offiziere getötet worden. Bevor noch bestimmt feststeht, wer die Tat getan hat und welche Motive ihr zurunde liegen, hegt die französische Presse gegen das deutsche Volk, wütet der französische Militarismus in unerhörtester Weise gegen die unschuldigen Bevölkerung Westfalens. Schon sind mehrere ganz unbeteiligte deutsche Zivilisten den Ausschreitungen der aufbegehrenden französischen Soldateska zum Opfer gefallen. In der Spitze der Forderer steht Frankreichs Ministerpräsident, Herr Poincaré, in höchstgelegener Person. In der Nacht vom 10. zum 11. März fielen die Schüsse, die die beiden französischen Offiziere töteten, und die wahrscheinlich von französischen Soldaten aus bisher noch unbekanntem Gründen abgegeben worden sind. Schon einmal hat sich im besetzten Gebiete der Fall ereignet, daß von den Belgiern wegen einer angeblichen Mordtat Repressalien gegen die deutsche Zivilbevölkerung vorgenommen wurden, während sich später einwandfrei herausstellte, daß der Mörder ein Belgier war. Aber Herr Poincaré vermochte nicht zu warten, bis irgend etwas Näheres über den beklagenswerten Vorgang festgestellt sein konnte. Schon am 12. März hielt er eine Rede, in der er Klage und Sanktionsmaßnahmen gegen die deutschen "Nationalisten" forderte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mordtat Herrn Poincarés nur allzu gelegen kam, um zu der von ihm längst ersehnten verschärften Gewaltpolitik im Ruhrgebiet überzugehen. Die französische Propaganda braucht einen Mißgeschick und sie hat alles getan, um den Vorfall in Buer im Sinne der längst gefakten französischen Klagen auszubilden und zugleich jede objektive Aufklärung unmöglich zu machen. Schon verlangt die französische Presse die Entsendung stärkerer Truppenmächtigkeiten nach dem Ruhrgebiet, die offenbar schon seit einiger Zeit ins Auge gefaßt worden ist. Denn der Regierung Poincarés ist nichts unangenehmer als die ruhige und besonnene Abwehr der deutschen Ruhrbevölkerung gegen die französische Gewalttätigkeit. Sie will die Deutschen zur Verzweiflung treiben und etwa beangene Verzweiflungstakte zum Anlaß nehmen, das eigene Volk nationalitisch zu verhetzen, zweifelnde Kritiker in den eigenen Reihen zur Ruhe zu bringen und für die schlimmsten Vergewaltigungen des deutschen Volkes Vorwände zu finden.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die traurige Tat von Buer so kurz vor der Reise Poincarés nach Brüssel sich ereignete. Auf der Brüsseler Konferenz will Poincaré ein Programm durchdrücken, das niemals Gegenstand einer Verständigung sein, sondern nur mit äußerster Gewalt einem völlig niedergedrückten und verzweifelt deutschen Volke aufzuzwingen werden kann. Das Ruhrgebiet soll zusammen mit dem ganzen besetzten Rheinland zu einem französischen Vasallenlande gemacht werden. Deutschland soll genötigt werden, die rechtswidrige Ruhrbesetzung als gefeierten und vertragsmäßigen Akt anzuerkennen. Die Räumungsfrist für die Besetzung des Rheinlandes sollen ausgesetzt werden, die Saarbergwerke für immer im französischen Besitz bleiben. Ein solches unannehmlches Programm kann Poincaré nur durchdrücken, wenn er vorher eine vergiftete Atmosphäre schafft, die nationalitischen Instinkte in Frankreich und Belgien aufs äußerste aufweicht und es dadurch auch den Engländern unmöglich macht, mäßigend einzuwirken. Poincaré erstrebt ein Diktat, durch das Frankreich alles das gefordert werden soll, was es im Versailler Vertrag infolge des englischen und französischen Einspruchs nicht erreichen konnte. Bei der Festlegung dieses Programms soll England auf alle Fälle kaltgestellt werden. Alles das ist nur möglich, wenn die Gegenseite vorher aufs äußerste auf die Spitze getrieben werden, wenn Frankreich Vorwände besitzt, um durch eine Gewalttätigkeit schlimmer Art das deutsche Volk zur Verzweiflung zu treiben. Der passive Widerstand machte die Deutschen unüberwindlich. Darum sucht Poincaré mit Sehnacht nach Eingriffen, um einen aktiven Kampf zu entfesseln. Das deutsche Volk wird jedoch an dem passiven Widerstande unerschütterlich festhalten, gerade weil es weiß, daß das den Plänen Poincarés am meisten hinderlich ist.

Die Vorkommnisse in Buer.

In der Angelegenheit der Ermordung zweier französischen Offiziere in Buer ist offiziell festgestellt worden, daß als Täter zwei französische Soldaten in Frage kommen, die gleich nach der Tat entflohen sind. Die Vernehmungen in der Nordstraße werden von deutscher Seite energisch fortgesetzt. Nach den übereinstimmenden Aussagen mehrerer deutschen Zeugen hat sich der Vorgang folgendermaßen abgepielt: Am Sonnabend abend trafen zwei französische Offiziere in der Dohstraße gegenüber einem Restaurant zwei französische Alpenjäger. Ein in dem Restaurant befindlicher Rechtsanwalt, dessen Frau und die Wirtin hörten, daß die beiden Offiziere mit den Alpenjägern eine Unterredung hätten, die immer stärkerer Form an-

nahm. Plötzlich fielen zwei Schüsse. Als die Gäste des Restaurants sich darauf auf die Straße begaben, sahen sie die beiden Offiziere tot auf dem Boden liegen; gleichseitig bemerkten sie, daß die beiden Alpenjäger eilig davonliefen. Irgendeine andere Person befand sich, wie die Zeugen feststellten, nicht in der Nähe des Tatorts. Die Erschießung der beiden Offiziere hat also nur durch die beiden Alpenjäger geschehen können.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist ein deutscher Kriminalbeamter im Rathaus in Buer erschlagen worden. Außerdem sind zwei Bürger von den Franzosen erschossen worden, weil sie sich nach 7 Uhr abends auf der Straße hatten sehen lassen, nachdem der verhängnisvolle Besatzungsstand erklärt worden war. Die Franzosen halten das Rathaus besetzt. Es wird nicht mehr gearbeitet.

Vorgestern abend gegen 11 1/2 Uhr wurde der Krankenführer P. Hohbed aus Gelsenkirchen in der Dohstraße in Buer ohne Anruf von einem französischen Posten erschossen. Auf die Hilfeleistung seiner Frau erschien eine französische Patrouille, die erklärte, der Sohn, der auf Hohbed abgebeugt worden sei, könne nur von einem Deutschen kommen.

Der kommandierende General des 82. Armeekorps General Gaura hat dem Magistrat in Buer bekanntgegeben, daß für den Fall, daß in Buer ein Franzose ein Mord verübt werden sollte, der als Geißel schreckliche Dörsbürgermeister ohne Urteil erschossen werden soll.

Der General übernahm die volle Verantwortung für dieses Urteil und ist bereit, sich unter allen Umständen für einen französisch-deutschen oder einem internationalen Gerichtshof zu stellen. Der Vertreter der Deutschen Kaufmannschaft Arnhold ist freigelassen worden, um diesen Beschluß des kommandierenden General dem Magistrat sowie der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Während der ganzen Nacht wurden zahlreiche Sitzenspassanten, die zum Teil frühmorgens noch auswärts gerollt waren, von dem Verdacht des Raubverfehls keine Kenntnis haben konnten und ahnungslos ihre Behausungen aufsuchten, ohne Anruf von den Franzosen bekommen zu haben; mehrere von ihnen mußten wegen gefährlicher Säuberleistungen in die Krankenanstalten gebracht werden. Am Montag vormittag riefen die Franzosen das Lehrerkollegium des Gymnasiums zusammen. Sie machten dem Kollegium den Vorwurf, daß die Schüler von ihren Lehrern zum Abreißen der französischen Plakate aufgefordert worden seien. Der Leiter der Anstalt Oberstudienrat Dr. Wehler und Studienrat Freihafer, Beigeordneter der Stadt Buer, wurden verhaftet. Viele weitere Verhaftungen, die im Laufe des Sonntags und Montags vorgenommen wurden, heiserten die Erregung der Bevölkerung auf höchste.

Zur Lage.

Eine Gewalttat der Franzosen gegen die wehrlose Bevölkerung wird aus Offenburg gemeldet. Der Kommandant der Besatzungstruppen Oberst Alimexer ließ die beiden dienstältesten Stadträte von Offenburg zu sich kommen und ersuchte ihnen, daß die Kasernengebäude, die die Stadtwartung zu Wohnungen hat ausbauen lassen, geräumt werden müßten. Gegenwärtig wohnen 170 Familien, meist Arbeiter und Angehörige, sowie eine Anzahl vertriebener Elend-Lotharinger dort. Bei der herrschenden Wohnungsnot wird es völlig unmöglich sein, die in den Kasernen wohnenden Familien anderweitig unterzubringen. Die Betroffenen werden also in der unweitlichen Jahreszeit mit Frau, Kind und Habe vertrieben und buchstäblich auf die Straße gesetzt.

Am Abend des 10. März haben die Franzosen das Telegraphenamt in Wiesbaden besetzt und das Personal mit Waffengewalt gezwungen, den Dienst zu verlassen. Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr ruht. Der Vorsteher des Telegraphenamts, der von den französischen Offizieren zu einer Besprechung abgeholt wurde, ist nicht zurückgekehrt, über seinen Verbleib war nichts zu ermitteln. In Witten haben die Franzosen am 8. das Telegraphenamt wieder freigegeben. Dagegen wurde am 10. das Postamt Jollhaus (Rastau) besetzt; Telegraphen- und Fernsprechverkehr sind unterbrochen, der Postamtsvorsteher darf die Wohnung nicht verlassen.

Die Lage in Bochum ist unverändert. Im Innern der Stadt sind noch alle Geschäfte geschlossen. Oberbürgermeister Graf und sein Vizebürgermeister sind nach achtstündiger Post am 9. März wieder auf freien Fuß gesetzt worden. In Bismarck und Wilsdorf sind heute früh sämtliche Polizeibeamte einschließlich der Verwaltungs- und Kriminalbeamten ausbezogen und festgesetzt worden. Den Familien der Ausgewiesenen ist ihre in acht Tagen zu erwartende Ausweisung angekündigt worden. Ebenso sind die Polizeibeamten in Belpert ausbezogen und festgesetzt worden. In Reivales sind heute mehrere Kraftwagen beschlagnahmt worden. Die Besatzungslage ist unverändert.

In Oelde ereignete Sonnabend vormittag eine französische Kommission auf dem Pöhlweg, um die Fabrikanlagen zu besichtigen. Sofort einsetzende Demonstrationen der Arbeiterklasse verhinderten das Vorgehen. Am Nachmittag erklärten die Kommission in Beantwortung einer Kom-

plagne Infanterie und verlangte eine Bestandsaufnahme sowie Einsicht in die Auftragsliste. Erneute Zusammenrottungen der Arbeiter zogen die Franzosen, das Werk zu verlassen.

Bei der Besetzung der Jette Weckerholz wurde der Kofferg durch Stacheldraht abgeperrt und später in mehrere Baggons verladen. Die Besatzung ist in den Protestkreis eingetreten.

Am Sonnabend mittag wurde das Zollamt in Oberkain von den Franzosen besetzt. Die Beamten sind entlassen worden. Die Zollkasse ist mit einem Vorbestande von 21 Pfennigen beschlagnahmt worden.

Gestern abend entstand in einer Wirtschaft in Dortmund zwischen Zivilisten und französischen Soldaten eine Schlägerei, bei der die Franzosen aus Revolvern und Gewehren schossen. Man meldet einen Toten, einen Schwerverletzten und vier Verwundete. Ein Polizeikommissar wurde durch einen Frellschuß an der Schulter verletzt.

Weitere Verhaftungen und Beurteilungen.

Am 8. wurde der Postsekretär Sinner in St. Goar verhaftet; er wurde am nächsten Tage ausgewiesen; es wurden ferner ausgewiesen: der Telegraphenüberwacher Lepat aus Düsseldorf mit Familie wegen angeblicher Sabotage, der am 27. Februar verhaftete Postdirektor Langenberg aus Elm am 10. die am 1. März verhafteten Oberleitungssekretäre Raedmann, Leitungsaufsicht Treibschm, Kausch, Rothof und Buchholz aus Düsseldorf mit Familien am 10. März.

Beurteilt wurden der Postdirektor Krieg aus Offenburg (Baden) vom französischen Militärgericht zu 1 Jahr Gefängnis und der Postmeister Schröder aus Marten (Rr. Dortmund) vom Polizeigericht Göttrup am 9. März zu acht Tagen Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe.

Beurteilt wurden: Eisenbahninspektor Pallen in Köln zu zwei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, weil er sich trotz schwerer körperlicher Bedrohung geweigert hatte, für die Belgier die Weichen zu bedienen, der Eisenbahninspektor Jurg vom Bahnhof Weibern zu sechs Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe unter Verwertung der Berufung, der Obergütervorsteher Bassen aus Weinsberg zu drei Monaten Gefängnis, der Betriebsassistent Goerres in Weinsberg zu zwei Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, weil er den Vorgenannten zu einer Räumung aus Anlaß der Verhaftung eines Postbeamten aufgefordert haben soll, der Lokomotivführer Riedel vom Betriebswerk Krefeld-Hauptbahnhof zu einem Monat Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe. In Weiskenturm wurden verhaftet: die Oberweichenwärter Johann Morich, Johann Wagner, Peter Kumer, der Hilfsweichenwärter Adams, der Weichenwärter Fuchs. Zugführer Ringelst erhielt Befehl, seine im Bahnhof Bonn gelegene Dienstwohnung bis zum 10. März zu räumen. Das Mitglied des deutschen Eisenbahnverbandes Gaebele in Aachen wurde verhaftet und zu einem Monat Gefängnis ohne Ausweisung verurteilt, mit der Bedingung, eine Verurteilung einberufen zu haben.

Das Postamt in Duisburg ist gestern vormittag von französischen Truppen besetzt worden, weil die Polizeiverwaltung die Hergabe von Telefonleitungen nach Königswinter und Honnef abgelehnt hatte. Die Beamten wurden gezwungen, ihre Arbeitsstätte zu verlassen, und der gesamte Betrieb stillgelegt. Im Posthalteramt wurde ein französisches Besatzungslokal eingerichtet. Postdirektor Lachmann wurde verhaftet und nach Bonn gebracht, wo sich bereits Postdirektor Brüdner in Haft befindet.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, den 12. März 1923, nachm. 2 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Regelung gesetzlicher Referenzen der Aktiengesellschaften in Zollrisikoklausuren wird ohne Aussprache in dritter Beratung endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Novelle zum Gesetzentwurf über die

Erhebung der Wohnungsbaubgabe. Die Regierungsvorlage wollte die bisher 50 Prozent der Friedensnutzungswertes der Wohnungen betragende Abgabe auf 750 Prozent erhöhen. Der Ausschuss beantragt darüber hinaus für die Jahre 1923 und 1924 1500 Prozent für die Länder. Die Gemeinden können die gleiche Abgabe erheben, sobald nach der Ausschussvorlage die Abgabe auf 3000 Prozent des Friedensnutzungswertes erhöht. Der Ausschuss will weiter den Unternehmern, die gewerbliche Räume neu errichten, die Verpflichtung zur Errichtung von Arbeiterwohnungen auferlegen und sie dafür von der Abgabe befreien.

In mehreren Entschlüssen verlangt der Ausschuss Verbilligung der Baustoffe, gesetzliches Vorgehen gegen die Auswüchse des Kartellwesens und Vergünstigungen für gemeinnützige Baugenossenschaften.

Die Abg. Silbermann (Soz.), Sahr (Dem.) und Reichard (Z.) beantragen die erhöhte Abgabe nur für das Jahr 1923 zu senken und die Beizung der Unternehmern